

4. Teil: Sprachpolitik

Sprachpolitik¹ bezieht sich in den meisten Fällen auf den Schutz von Minderheiten, auf deren rechtliche Gleichstellung und auf den Schutz einer Sprache, beispielsweise des Rätoromanischen, vor dem Aussterben. Wenngleich in Biel die Gleichberechtigung nicht vollständig erreicht ist, so steht dennoch eine andere **Aufgabe** im Vordergrund, nämlich **die Zweisprachigkeit zu erhalten und zu neuem Leben zu erwecken. Sprachpolitik ist immer auch zugleich Kulturpolitik.** Damit ist Biel bereits eine Stufe weiter als die übrigen mehrsprachigen Gesellschaften und stellt einen Sonderfall dar, der grosse Chancen bietet. Politik darf sich aber nicht damit begnügen, bloss anstehende Sachzwänge zu erfüllen und neue Projekte zu "schoubladiser".

Selbstverständlich müssen die sich bietenden Chancen nicht zwingend wahrgenommen werden. Es ist durchaus möglich, auf ein intensiveres Zusammenleben zu verzichten. Sollte jedoch eine Verbesserung angestrebt werden, so stellen sich freilich Fragen, die nicht nur die französischsprachige Minderheit betreffen, sondern die **gesamte Gesellschaft**. Insbesondere ist den Ausländern als starke Minorität vermehrte Aufmerksamkeit zuzuwenden, nachdem sie bisher aus methodologischen Überlegungen weitgehend aus der Untersuchung ausgeklammert wurden. Für die nachfolgenden Gedanken und Anregungen müssen sie aber unbedingt wieder miteinbezogen werden!

Wie aus der Untersuchung hervorgegangen, wird nur wenig über die Zweisprachigkeit geredet, sie wird nicht diskutiert und nur selten wirklich gelebt. Es fehlen die Auseinandersetzungen, die aus den Gegensätzen etwas Fruchtbare entstehen lassen könnten. Scheinbar leben die meisten Menschen heutzutage in Biel nicht aus Gefallen an der Sprachsituation, sondern weil sie hier geboren sind, wegen der Arbeit oder der Ausbildung. Eine Sprachpolitik sollte somit darauf abzielen, den **Pluralismus** nicht nur passiv als Toleranz zu akzeptieren, sondern sich auch aktiv mit ihm auseinanderzusetzen. Pluralismus heisst eben gerade, dass es vorteilhaft sei, autonome, selbstbestimmte Einheiten zu belassen und nicht von höherer Stelle aus über sie zu verfügen. Es darf also nicht darum gehen, die Gegensätze zu neutralisieren und auszubnien, sondern das **Recht auf Vielfalt** zu anerkennen. "La politique culturelle ne doit plus se borner à des mesures visant à développer, à promouvoir et à vulgariser les arts, il faut, en reconnaissant la pluralité de nos sociétés, lui conférer une dimension supplémentaire, exaltant le respect de la dignité individuelle, des valeurs spirituelles, des droits des groupes minoritaires et de leur expression culturelle." schrieb Henri GIORDAN in seinem Bericht "Démocratie culturelle et droit à la différence", den er im Auftrag des damaligen Kulturministers Jack Lang zur Dezentralisierung Frankreichs verfasst hatte.

¹ Politik hat immer mit normativen Grundsätzen, mit Werten zu tun. Die nachfolgenden Überlegungen können deshalb nicht anders als persönlicher Art sein und entsprechen keiner "objektiven Wissenschaftlichkeit".

Die Vielfalt ist heute unter anderem dadurch gefährdet, dass zu viele Leute zur selben Zeit und am selben Ort dieselben Dinge tun wollen. So zeigen sich unerwünschte Erscheinungen wie Stossverkehr, Konsumboom, vereinheitlichte TV-Serien - Ausdrücke einer Einheitskultur. Dass das Leben damit auf den ersten Blick einfacher wird, stimmt zwar schon, nur verhilft es kaum zu Weiterentwicklungen und zu Reflexionen über das bisher Erreichte.

Das **Ziel** müsste vielmehr darin bestehen, aus den Spannungen zwischen verschiedenen Ideen und Meinungen Kraft zu ziehen und damit etwas anzufangen. Der Vorschlag von Jean-Pierre VOUGA, den Sprachgraben einfach zuzuschütten, ihn sogar "mit Beton aufzufüllen", muss deshalb als verfehlt angesehen werden, weil er eine verpasste Chance darstellt. **Der Wandel von der Vorstellung eines "entweder-oder" zu einem "sowohl-als-auch" erfordert allerdings ein gewisses Umdenken** und eine Relativierung des persönlichen und sozialen Ichs, und damit der eigenen Kultur. Der Mensch ist - ebenso wie seine Sprache - als historisches Wesen nicht unveränderbar, sondern unterliegt vielmehr den Zeitströmungen. Er ist diesen aber nicht so sehr ausgeliefert, dass er nur noch "Natur" wäre, sondern kann die Welt verändern. Dazu braucht es vorerst den Mut, das unbestimmte "Neue" zu denken und auf sich einwirken zu lassen. Erst wenn das "Neue" nicht einfach reflexartig zur Seite geschoben wird, kann es in Ruhe betrachtet und mittels Selbstreflexion bewertet werden. Bevor sie sich nach und nach konkretisieren lassen, müssen die Vorstellungen und Ideen erst einmal gedacht, diskutiert und verbreitet werden. Die Stadt Biel hat mit ihrer Bereitschaft, das "Neue" vorerst auf sich wirken zu lassen und erst dann zu entscheiden, bereits oft einen positiven Bezug zum gesellschaftlichen Wandel gefunden. Diese **Experimentierfreudigkeit** gilt es zu bewahren und zu fördern!

Da die Mehrheitsdemokratie in der Regel eine grosse Trägheit aufweist, mitunter dadurch, dass das Neue sich gegen das Bestehende durchsetzen muss, nicht das "Bessere", sondern das Bestehende bevorzugt wird, müssen neben den langfristigen Leitgedanken auch pragmatische Überlegungen zum Zuge kommen und kurzfristige Pilotprojekte geschaffen werden.²

Sprachpolitik hat allerdings darauf zu achten, dass ob den - vermeintlichen oder echten - Differenzen zwischen Deutschschweizern und Romands nicht die übrigen gesellschaftlichen Teilungen vernachlässigt werden. Vielmehr ist der Tendenz entgegenzuwirken, mit der Zweisprachigkeit von anderen sozialen Problemen abzulenken. Oftmals sind es nämlich nicht die beiden Sprachgruppen, die unterschiedliche Haltungen vertreten, sondern beispielsweise die Altersstufen oder die Ausländerinnen und Ausländer. Soll die Mehrsprachigkeit gesamtgesellschaftlich erfasst werden, dann dürfen diese Teilungen nicht übergangen werden, denn auch sie tragen wesentlich zum sozialen Klima der Stadt bei.

² Es ist übrigens ein ähnlicher Vorwurf an die Trägheit des Systems, den Paul FEYERABEND der "Konsistenzbedingung" der traditionellen Wissenschaftstheorie macht, wonach neue Hypothesen mit alten Theorien verträglich sein müssten. (FEYERABEND 1976:39ff)

So ist beispielsweise nicht einzusehen, weshalb sich die Stadtverwaltung keine Gedanken darüber macht, den Ausländerinnen und Ausländern das Stimm- und Wahlrecht zu gewähren oder sich für die Anerkennung des Italienischen als dritte Amtssprache einzusetzen. Die erste öffentliche französischsprachige Schule wurde 1860 bei einem Bevölkerungsanteil von 15% geschaffen, während die Italienischsprachigen bei beinahe gleich grossem Anteil heute noch weit von einer solchen Regelung entfernt sind. So entsteht manchmal der Eindruck, dass die Bieler Bevölkerung und Verwaltung mehr Mühe mit diesen Minderheiten haben als mit der Zweisprachigkeit. Ineressant wäre demzufolge die Überprüfung der These, dass die vor allem bei Deutschschweizern zu beobachtende "Übertoleranz" innerhalb der Beziehung zwischen Deutschschweizern und Romands sich derart auswirkt, dass allfällige Aggressionen oder Frustrationen – statt an der anderen Sprachgruppe – umso stärker an übrigen Minderheiten abgelassen werden.

Um konkrete Sprachpolitik betreiben zu können, müsste ein *Idealzustand der Mehrsprachigkeit* definiert werden können. Dies lässt sich jedoch nur ansatzweise verwirklichen, denn die Bieler Gesellschaft ist weder räumlich noch zeitlich abgeschlossen, sondern andauernd im sozialen Wandel begriffen. Das Fernziel lässt sich deshalb nur schrittweise erreichen. Es ist auch sinnvoll, es so weit entfernt anzusetzen, dass es nie ganz erreicht werden kann, denn wäre es erreicht, dann würde wohl eine gähnende Leere eintreten. Vielmehr müssten die Gedanken und Ideen in steten Diskussionen immer wieder überprüft und gegebenenfalls verändert und angepasst werden. Der Weg, die Diskussion, ist dabei vielleicht wichtiger als das Ziel!

Die Sprachpolitik wird auch dadurch erschwert, dass es sich bei der Gesellschaft nicht um eine Maschine handelt, die mittels weniger Handgriffe demontiert und neu zusammengesetzt werden kann. Es handelt sich auch nicht um ein kybernetisches System, bei welchem ein Input eingegeben und das Resultat vorausberechnet werden kann. Im Gegensatz zu diesen Systemen oder Maschinen, die lediglich eine Funktion zu erfüllen haben, und meist auch gut funktionieren, können die Menschen mehr: Sie können nämlich leben und denken, besitzen also eine gewisse Autonomie.

Wenn der Idealzustand einer mehrsprachigen Gesellschaft sich zwar nur bedingt definieren und festhalten lässt, so können doch *zwei Grenzen* bestimmt werden, die ein "Umschlagen ins Negative" darstellen. Zum einen ist dies bei einem groben, gewalttätigen Konflikt der Fall, wie er aufgrund von Diskriminierungen der einen Gruppe entstehen könnte. Um dieser Gefahr auszuweichen, müssten die strukturellen Schranken soweit beiseite geräumt werden, dass gleiche Lebenschancen gewährleistet sind. Eine andere Grenze ist aber auch dann erreicht, wenn die Sprachsituation nicht mehr gelebt wird. Bei diesem Punkt scheint auch das Hauptproblem in Biel zu liegen. Hier müsste einerseits die bisherige Lebendigkeit geschützt werden, und andererseits Prämissen formuliert werden, die neue Ansätze aufzeigen. Diese müssten sich schliesslich in Experimenten auf ihre Tauglichkeit prüfen lassen. Es kann kaum das erklärte Ziel der Stadt Biel sein, die Chance zu verpassen und sich auf die Erhaltung des status quo, des Sprachfriedens, zu beschränken. Selbst die bundesdeutsche FDP hat kürzlich festgestellt, dass zuviel Ruhe und Ordnung schliesslich zu Erstarrung und Stillstand führt. Der Wille zum Zusammenleben scheint bei vielen Menschen weitgehend unwichtig geworden zu sein. Die wenigsten bekennen sich derart zum Gedanken der Mehrheitsdemokratie, dass sie sich auch aktiv an der Politik beteiligen würden, und sei es nur durch einen Urnengang. Die "schweigende Masse" meint ihre Verantwortung einfach an den Sozialstaat abgeben zu können und geht davon aus, dass dieser schon für sie sorgen werde. Dies ist aber eigentlich gar nicht möglich: Da die Verantwortung individuell, also unteilbar ist, könnte sie genaugenommen nur entweder als Ganzes, oder aber gar nicht an den Staat abgetreten werden. (Jean-Jacques ROUSSEAU, Begründer des 'contrat social' und

damit der heutigen Staatsauffassung, ist sogar der Meinung, dass selbst Sklaven in moralischer Hinsicht für ihre Handlungen verantwortlich seien.) Deshalb steht bei der Schule auch die Erziehung zu Mündigkeit, bzw. zur Möglichkeit der Selbstreflexion als humanistisches Bildungsziel im Vordergrund.

Die *Schule* ist denn auch ein primärer Bereich für eine konstruktive Sprachpolitik, insbesondere, weil es häufig die Jüngeren sind, die die Zweisprachigkeit konfliktiver beurteilen und eher Schwierigkeiten sehen. Als erstes, wichtigstes und kurzfristig realisierbares Ziel muss bei einer konstruktiven Schulsprachpolitik die **Förderung der Fremdsprachenkenntnisse** angegangen werden. Sie bilden eine enorm wichtige Voraussetzung für das weitere Leben, und zwar nicht nur in beruflicher Hinsicht. Diese Förderung darf sich allerdings nicht nur auf die Schülerinnen und Schüler beziehen, sind es doch oftmals auch die Älteren, Zugezogenen, die nur geringe Fremdsprachenkenntnisse aufweisen. So wurden in der BIJOU-Umfrage von den städtischen Angestellten denn auch mehrfach die **Einführung von Fremdsprachenkursen** verlangt.

Aufgrund des fehlenden Dialektunterrichts müsste in Schulen und Kursen dringend Schweizerdeutsch gelehrt werden. Empfehlenswert scheint dabei das "Immersionsprogramm", welches von der "Berieselung" mit der anderen Sprache ausgeht. (Verschiedene Erziehungsmodelle werden übrigens bei HAMERS/BLANC, 1983, ausführlich diskutiert) Wie Erfahrungen in anderen Ländern gezeigt haben, ist der Erfolg umso besser, je früher damit eingesetzt wird. Entsprechend zu den mehrsprachig geführten Kinderhorten liegen **Versuche mit gemischtsprachigen Kindergärten und Schulklassen** deshalb auf der Hand. Dass bei zu früh einsetzendem Zweisprachenunterricht identitätslose "marginal men" entstünden und zudem die Intelligenz negativ beeinflusst würde, kann bei entsprechender Aufmerksamkeit durchaus vermieden werden. Es hat sich herausgestellt, dass für den bisweilen festgestellten tieferen Intelligenzquotienten bei zweisprachig aufgewachsenen Kindern nicht diese Tatsache, sondern die Unterschichtszugehörigkeit der Eltern ausschlaggebend war. Die sogenannte Defizithypothese entspricht eher einer "Turmbau-zu-Babel-Ideologie" denn einer berechtigten Sorge.

Obwohl die öffentlichen Schulen ursprünglich mit der Absicht geschaffen wurden, die Unterschiede zwischen den Kindern, und besonders zwischen den individuellen Sprachen abzubauen und damit eine "identité unique" (BOURDIEU 1982:141) zu schaffen, hat gerade der Lehrplan für die deutschsprachigen Schulen in den allgemeinen Leitgedanken und in den Lernzielen zum Französischunterricht ein gegenseitiges Kennenlernen von Deutschschweizer und Romands berücksichtigt. Damit bereits erste Grundlagen für ein intensives Auseinandersetzen mit dem "Anderen" gegeben. Allerdings müssten diese Gedanken - als Fernziel - auch für die übrigen Fremdsprachengruppen gültig werden. In den USA können die Einwandernden beispielsweise bereits nach der dritten Generation - quasi naturrechtlich - Akzeptanz und Unterstützung von den Behörden verlangen. Dies ist nicht zuletzt deshalb sinnvoll, weil damit elterliche Kontakte erhalten bleiben und somit eine bessere Integration gewährleistet wird. Eine Förderung des Italienischunterrichts und die allmähliche Anerkennung der weiteren Fremdsprachen schafft nicht primär Gefahren, sondern bietet wiederum Gelegenheit zu neuen Kulturbegegnungen.

Um jedoch bei den Nahzielen zu bleiben: Der vermehrte Unterricht in der anderen Sprache alleine reicht zu vermehrten Kontakten nicht aus, wie in der Untersuchung bei den Deutschschweizern festgestellt wurde, vielmehr müsste überdies **das Interesse an den "Anderen" geweckt werden**, damit überhaupt erst beurteilt werden könnte, inwiefern diese wirklich "anders" sind, und wo sich Gemeinsamkeiten ergeben. Damit können festgefahrene Bilder der "Anderen" nach und nach aufbrechen und den neuen Erfahrungen Platz machen. Bei gegenseitigen **spielerischen Kontakten** wird auch die Sprache in der Regel besser gelernt als

im strengen schulischen Fremdsprachenunterricht. Genau genommen kann eine Sprache nur dann wirklich gelernt werden, wenn sie auch im direkten Kontakt ausprobiert und imitiert wird. Vor allem aber werden die bestehenden **Hemmschranken** im direkten Kontakt besser abgebaut als mit Schulbüchern.

Gerade wegen den bisher bestehenden Hemmschranken ist es aber auch nicht so einfach, solche zwischensprachlichen Begegnungen zu verwirklichen: Das Zurückziehen in die eigene Ecke ist sicher einfacher. So beurteilten die von Gottfried KOLDE befragten französischsprachigen Bieler Jugendlichen eine französischsprachige Schule mit Dialektunterricht als die beste schulische Lösung, während die Deutschschweizer eher gemischte Klassen wünschten (1981:333f.). Es ist aber eben gerade Aufgabe der Schule, hier erste Schritte zu wagen und in Experimenten Erfahrungen zu sammeln. Insbesondere ginge es darum, die zunehmende Parzellisierung und Separierung im schulischen Bereich allmählich aufzulösen. Als sanfte Annäherungen könnten **einzelne gemeinsame Unterrichtsstunden** oder "Ausflüge zu den 'Anderen'" ins Auge gefasst werden. Gerade diejenigen Schulfächer, die nicht auf der schweizerdeutschen oder der französischen Sprache, sondern auf einer anderen Sprache beruhen, wie etwa Zeichnen, Musik oder Sport, sollten als Gelegenheiten genutzt werden. Mit der Zeit könnten auch die Klassenzimmer der beiden Sprachgruppen einander angenähert und in Pilotversuchen auf verschiedenen Schulstufen sollten **gemeinsame Unterrichtsformen** entwickelt werden.

Positive Auswirkungen dürften auch von gemeinsamen Ausflügen erwartet werden, vor allem wenn dabei für eine längere Zeit das altbekannte Schulzimmer verlassen wird. **Gemeinsame Arbeitswochen** können viel zur Förderung des Zusammenhaltes beitragen und bieten Gelegenheiten zu jahrelangen Freundschaften. Gerade das kommende Langschuljahr bietet einen wichtigen Spielraum für derartige Versuche.

Alle diese Vorschläge und Gedanken gehen aus von einem **Bild des Menschen als soziales Wesen**, dass der Mensch dem Menschen also nicht ein Wolf ist, wie HOBBS behauptete (bzw. während des mit aller Grausamkeit geführten englischen Bürgerkriegs empirisch feststellte). Heute werden die gegenseitigen Hilfeleistungen nur noch selten von aussen einsichtig, höchstens etwa bei Naturkatastrophen. **Im Alltag sind die Menschen mehr und mehr isoliert und atomisiert. Der enorme Konkurrenzdruck und die unerbittliche Selektion scheinen heutzutage häufig "den Wolf im Menschen" hervorzukehren.**

Durch stete Spezialisierung und strikte Arbeitsteilung werden die Menschen zunehmend segmentiert und deren Zusammenhalt geschwächt. Der Druck, überhaupt eine Lehrstelle zu finden, wird nicht erst in den letzten Schuljahren ersichtlich, sondern bereits in der dritten Klasse, wenn es um die Sekundarschulprüfung geht. Wenn hier der Anschluss auch nur wegen eines kleinen Ausrutschers verpasst wird, bestehen kaum mehr Chancen, einen Beruf auszuwählen. Diese aussichtslose Situation wird von den Schülerinnen und Schülern sehr wohl festgestellt und wirkt sich als Resignation aus: Wo nichts mehr zu holen ist, da fallen auch Motivation und Lerneifer ab. Um dem Leistungsdruck entgegenzuwirken, sollte mit der Zeit eine **Relativierung der strikten Benotung mit Zahlen und ein Aufbrechen der starren Schulstufengrenzen** geprüft werden. Zur Intensivierung des Zusammenlebens, zur Stärkung der Gruppensolidarität und zur besseren Betreuung und Förderung der Schülerinnen und Schüler sollte zudem **die Klassenzahl allmählich reduziert** werden, so dass das "Miteinander" wieder besser eingeübt werden könnte.

Wie in der Untersuchung festgestellt wurde, ist es für die Französischsprachigen aufgrund ihrer fehlenden Dialektkenntnisse besonders schwierig, eine **Lehrstelle** zu finden. Müssen sie aber schliesslich einen Beruf erlernen, den sie nicht selber gewählt haben, sondern der ihnen vom Arbeitsmarkt zugeteilt wurde, so kann er ihnen auch keine wirkliche Befriedigung verschaffen. Oftmals fehlt es auch an französischsprachigen Ausbildnern, so dass beispielsweise kürzlich bei der Stadtgärtnerei einer französischsprachigen Bewerberin keine Lehrstelle vergeben werden konnte. Die Stadtverwaltung hat sich diesbezügliche Verbesserungen ausdrücklich zum Ziel gesetzt. In der Privatindustrie dürfte dies bedeutend schwieriger sein. Hier herrschen strenge Marktgesetze, so dass den Lehrlingen kaum noch nebenbei schweizerdeutsch gelehrt werden könnte. **Um eine Chancengleichheit für den zukünftigen Berufsweg gewährleisten zu können, müsste an dieser Stelle - zumindest vorübergehend - wohl oder übel der Staat einspringen und gemischtsprachige Lehrstätten schaffen.** Hier könnten, in direktem Kontakt, die fehlenden Sprachkenntnisse nachgeholt und ein solidarisches Zusammenarbeiten eingeübt werden.

Die zunehmend kompetitivere Gesellschaft macht aber nicht nur den Jüngeren zu schaffen. Konkurrenzdenken und Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes sind gerade in der "Krisenstadt Biel" wohlbekannt und schwächen auch den Zusammenhalt unter der übrigen Bevölkerung zunehmend. Nach einem langen Arbeitstag haben die wenigsten Menschen Lust, sich mit der anderen Sprachgruppe freiwillig zu treffen und ziehen stattdessen oftmals den Fernseher einer konstruktiven Annäherung vor. Diese setzt nämlich ein gewisses Engagement, Kraft und Courage voraus, die nicht zu jeder Zeit aufgebracht werden können. Auch hier gilt es also in erster Linie, bestehende Hemmschranken abzubauen und eine Annäherung zu fördern. Eine gewisse Chance liegt dabei in der **Wirtschaftsförderung**. Während von 1977 bis 1983 nur quantitative Vorgaben für die Subventionierung von zuziehenden Unternehmen gemacht wurden, werden seither auch qualitative Kriterien zum Entscheid beigezogen. Diese beziehen sich jedoch lediglich auf den "volkswirtschaftlichen Nutzen" und schliessen weitere Überlegungen aus. Es ist aber Sache der Gesetzgebung, weitere Vorgaben einzuführen. So müsste beispielsweise die Einführung von ökologischen Bestimmungen geprüft werden: Es darf natürlich nicht mehr vorkommen, dass die Stadt umweltverschmutzende Fabriken wirtschaftlich unterstützt, denn dies ist in hohem Grade kontraproduktiv!

Entsprechend ist es nicht eine Frage der Machbarkeit, sondern des politischen Willens, auch qualitative soziale Kriterien in die Grundlagen der Wirtschaftsförderung aufzunehmen.

Die Förderung von Betrieben, die die körperliche und psychische Belastung der Arbeitenden bis an die Grenzen des Möglichen fordert, ist letztlich ebenfalls kontraproduktiv, umso mehr, als das Zusammenleben in einer mehrsprachigen Stadt ein Mehraufwand an Anstrengungen erfordert. Wenn sich die Arbeitenden in ihrer Freizeit zudem mit Weiterbildung und dem für die geforderte Spezialisierung notwendigen Studium von Fachliteratur auseinandersetzen müssen, dann erhöht dies die Kontaktschwelle, insbesondere das Interesse an anderssprachigen Mitmenschen, zusätzlich. Es müsste also die Einführung einer Regelung geprüft werden, wonach diejenigen Gesuchsteller bevorzugt werden, die neben dem unternehmerischen auch ein soziales Ziel verfolgen, sich also für eine **Förderung des mehrsprachigen Zusammenlebens im Arbeitsbereich** einsetzen. Die gemeinsamen Aktivitäten dürften sich allerdings nicht nur auf alljährlich einmal stattfindende Betriebsausflüge beschränken, sondern sollten vor allem in den täglichen Betriebsablauf einfließen. Beispielsweise indem mehrere Sprachgruppen in denselben Arbeitsbereichen eingesetzt und die Zusammenarbeit in gemischtsprachigen Gruppen gefördert wird. Im Interesse eines guten Betriebsklimas wäre auch eine Reorganisation der Entscheidungsstrukturen anzustreben. In einer ersten Phase könnten die leitenden Posten doppelt besetzt

werden (wie dies die Pfadfinder seit kurzem zur Aufhebung der Geschlechterdiskriminierung praktizieren), in einer weiteren Phase schliesslich alle Mitarbeitenden in die Entscheidungsstrukturen integriert werden. Selbstverständlich scheinen solche Überlegungen utopisch und vor allem in der heutigen gespannten Wirtschaftslage nicht durchführbar, da zuwenig rationell und effizient. Aber gerade deshalb ist es hier eine Notwendigkeit, dass der Staat mit wirtschaftlichen Förderungen diesen neuen Ansätzen, die auf dem Markt normalerweise keine Chance hätten, mit wirtschaftlichen Förderungen unter die Arme greift. Hier könnte die bisweilen als asozial und "bonzenfördernd" verschrieene Wirtschaftsförderung ihren Beitrag zu einem besseren Zusammenleben leisten.

Sowohl der Stadtpräsident Hermann FEHR wie der Bundesrat betonen häufig, die Schweiz stelle eine "Willensnation" dar. Leider ist davon in Wirklichkeit oft weniger zu merken als wünschbar. Nurmehr geringe Stimm- und Wahlbeteiligungen sind bloss einer von vielen Ausdrücken der zunehmenden Apathie, die sich bei breiten Teilen der Bevölkerung feststellen lässt. Von der schweigenden Mehrheit wird oft gesagt, sie sei eben mit den herrschenden Zuständen zufrieden, ihr Schweigen sei als stilles Einverständnis zu werten. Vielleicht sind diese Menschen aber auch einfach resigniert, weil sie gesehen haben, wie schwierig es ist, in der trägen Mehrheitsdemokratie Initiativen zu lancieren und durchzusetzen: "Die machen ja doch, was sie wollen..." lautet das Urteil dann. Bezüglich der Zweisprachigkeit zeigt sich eine ähnliche Passivität. Zwar werden gewisse Vorteile wahrgenommen oder Nachteile bemängelt, eine wirkliche Auseinandersetzung lässt jedoch häufig auf sich warten. ***Es fehlt scheinbar bei vielen Bielerinnen und Bielern an Engagement, Interesse und Willen, aus den vorhandenen Möglichkeiten etwas anzufangen.*** Nun kann die Stadtverwaltung die Bevölkerung natürlich nicht aufzwingen, sich mit der Zweisprachigkeit auseinanderzusetzen, wohl aber kann sie sie zu Überlegungen anregen.

Besonders das **Amt für Kulturelles** leistet wichtige Motivationsarbeit und Animation und kann auf positive Erfolge zurückblicken, wie beispielsweise das "Pod'Ring" oder gemeinsame Theater- und Kunstveranstaltungen, die als Treffpunkte für verschiedene Bevölkerungsgruppen dienen. Auch die von diesem Amt übernommenen Koordinationsaufgaben sind notwendig und fördernd. Die in der mehrsprachigen Stadt vorhandene Vielfalt bietet ein riesiges Potential an Möglichkeiten, von denen lange nicht alle ausgeschöpft wurden, vielleicht noch nichtausgeschöpft werden konnten: Die vorhandenen positiven Spannungen, die Dynamiken müssten vermehrt aufgegriffen und umgesetzt werden. Selbstverständlich können **kulturelle Veranstaltungen** - und sollen auch - niemals aufgezwungen werden. Die massive Förderung von eigentlichen kulturellen Veranstaltungen ist auch schon deshalb zu hinterfragen, weil die Gefahr besteht, dass sie zu reinen Einweg-Kulturproduktionen werden, die den Konsumismus mehr fördern als die Kommunikation. Kultur sollte sich zwar nicht kaufen lassen können. Trotzdem unterliegt auch vieles in diesem Bereich wirtschaftlichen Marktgesetzen, so dass es für viele Veranstalter gar nicht anders geht, als zumindest von Zeit zu Zeit kommerzielle Anlässe durchzuführen. Wie bei der Wirtschaftsförderung liegt auch gerade hier eine wichtige Aufgabe der städtischen Unterstützung, nämlich neue, innovative Projekte zu fördern, die sonst vorläufig keine Chance auf dem Markt hätten.

Primär müsste es bei der Kulturförderung darum gehen, neue Impulse aufzuspüren und zu fördern. Das heisst, **Zeichen zu setzen und setzen zu lassen**, damit eine gelebte Kultur sich entwickeln kann. Dazu müssen **Gelegenheiten zu Begegnungen** vorhanden sein, Treffpunkte und Kontaktstellen. Jugend- und Alterszentren sind Beispiele für diese Richtung von Kulturförderung, die (auch) auf die Primärkommunikation, den direkten Kontakt zwischen Menschen, abzielt. Wieso nicht **kontaktfördernde Beizen** unterstützen, die nicht nur die Kommunikation fördern, sondern auch mit kulinarischen Ideen zur Förderung der Vielfalt beitragen können?

Grundsätzlich sollte ein "günstiges Klima" geschaffen werden, welches zur "Lebbarkeit" der Vielfalt beiträgt.

Es geht nicht so sehr um materielle Dinge, sondern vielmehr um eine **Atmosphäre**, in welcher sich Gespräche entwickeln, neue Ideen ausgetauscht werden, oder auch einfach über Alltagserfahrungen geplaudert wird. Allerdings ist diese Atmosphäre nicht unabhängig von Raum und Zeit, sondern braucht **infrastrukturelle Voraussetzungen**. Es muss dabei nicht unbedingt soweit gehen, wie ein in der Studie befragter Romand zur Lösung der Benachteiligung seiner Sprachgruppe meinte: "Construire un palais culturel!", obwohl gerade an öffentlichen Sälen mittlerer Grösse in Biel Mangel herrscht.

Ein erster Schritt ist auch schon dann getan, wenn Freiräume in der Stadt geschaffen werden. Im Grunde genommen sollte ein Kulturzentrum gar nicht nötig sein: **die ganze Stadt sollte zu einem Kulturzentrum werden!** Die erforderliche Atmosphäre wird bereits gefördert, wenn verkehrsfreie Plätze vorhanden sind. Zur Aufgabe des Zeichensetzens kann die Kultur auch wieder bei ihrem ursprünglichen Begriff genommen werden, der Raumgestaltung (dem "Ackerbau"). So müsste die **Stadtgestaltung** auch eine (Wieder-)Begrünung anstreben. Mittlerweile ist man auch in der Architektur wieder davon abgekommen, möglichst zentralistisch, klotzig und wirtschaftlich effizient zu bauen. Stattdessen werden Gesichtspunkte der optischen Vielfalt wieder aufgenommen. Oft wird vergessen, dass beispielsweise **Wohnstrassen** durchaus kommunikationsbelebend und kulturfördernd sein können. **Die Mehrsprachigkeit Biels müsste vermehrt in das Stadtbild einfließen!** Noch wichtiger - und bedeutend billiger - als den natürlichen Lebensraum nachträglich synthetisch wiederherzustellen ist jedoch seine Erhaltung.

Nicht alle Probleme der geringen Kontakte können allerdings von der Stadtverwaltung gelöst werden. Viele Probleme des Zusammenlebens sind heute zu klein, um gleich eine ganze Stadt zu betreffen, aber auch zu gross, als dass sie alleine in abgeschlossenen Kleinfamilien gelöst werden könnten. Um die Nachbarschaftsbeziehungen neu zu beleben, kann das **Konzept der "kleinen Netze"** beigezogen werden. Dass eine räumliche Segregation zwischen Deutschschweizern und Romands in Biel kaum vorhanden ist, erweist sich dabei als grosser Vorteil. Mit einer **Förderung von Treffpunkten im Quartier**, kleinen Quartierläden, Quartierbeizen, Bibliotheken, Freizeitwerkstätten, usw. werden Gelegenheiten gegeben, sich einander anzunähern und die Mehrsprachigkeit aktiv zu leben. Dabei könnte auch die für die Romands ungünstige "Bieler Sprachwahlnorm", wonach bei zwischensprachlichen Kontakten häufig französisch gesprochen wird, allmählich aufgebrochen werden und durch ein lockeres Abwechseln der Sprachen ersetzt werden.

Eine **Dezentralisierung** müsste überdies dringend auch auf höherer Ebene angestrebt werden. Wie aus der Untersuchung hervorging, sind viele Benachteiligungen der Französischsprachigen auf die Umzugsmöglichkeiten und damit auf die Amtssprachenregelung zurückzuführen. Der politische (Gerichtssprache), besonders aber der schulische Bereich (unterschiedlicher Schuljahresbeginn, fehlender Dialektunterricht) zeigt deutlich, dass der Kanton Bern Mühe im Umgang mit der Zweisprachigkeit hat.

Dies ist verständlich, wenn berücksichtigt wird, dass Stadtberner, Thuner oder Langnauer Grossräte die Subtilität dieser besonderen Situation gar nicht vollständig nachfühlen können, leben sie doch in einer Umgebung, die von anderen Besonderheiten bestimmt ist. **Die Mehrsprachigkeit ist aber heute nicht mehr nur eine Angelegenheit der Stadt, sondern der Region.** Da für ihre Diskussion die Stadt zu klein, der Kanton aber zu gross ist, **müsste dringend eine regionale Autonomie gefördert werden.** Dabei können natürlich nicht alle Problemlösungen regionalisiert werden. Vielmehr geht es darum, die Auseinandersetzungen und Diskussionen, die Politik der Mehrsprachigkeit dort auszutragen, wo sie sich auch offensichtlich zeigt. Der Kanton Bern hat diese Problematik durchaus erkannt und bereits diskutiert.

So steht im "Vortrag des Regierungsrates an den Grossen Rat über die Bildung von Regionen und die Ausgestaltung des Jurastatuts" vom 19.9.1972 geschrieben: "Die bernische Wirklichkeit ist komplex. Der Kanton Bern besteht aus einer beträchtlichen Zahl grosser und kleiner, sich mehr oder weniger ihrer Eigenart bewusster regionaler Gemeinschaften. Es ist durchaus natürlich, dass es diesen Gemeinschaften überlassen bleibt, sich nach örtlichen Gegebenheiten und gemeinsamen Interessen zu organisieren. Sie können sich entwickeln. Das wird sie keineswegs daran hindern, ihren Charakter und ihr Erbe zu bewahren. Wenn heute die eine oder andere Gemeinschaft verstärkten Schutz ihrer Eigenart oder gar vermehrte Autonomie sucht, so ist das nicht erstaunlich; denn gewisse von der technischen Entwicklung oder geistigen Bewegungen hervorgerufenen Tendenzen drohen aufzulösen, was Jahrhunderte allmählich zusammengebracht haben. ...den Regionen fehlen die für sie so wichtigen politischen Einrichtungen." (S.2) Die Gemeinden seien "in verschiedenen Bereichen zu blossen Vollzugsorganen der Kantone und des Bundes gemacht" worden (S.7).

Entsprechend zur Aussage "Am besten kann derjenige eine Sprache schützen, der sie spricht" (S.4) müsste für die aktuelle und zukünftige Regionalpolitik gesagt werden: "Am besten können diejenigen die Mehrsprachigkeit schützen, die sie leben".

Bezüglich der französischsprachigen Schule in der Stadt Biel setzte sich der Regierungsrat auch stark für die Einführung eines öffentlichen Unterrichts ein, wobei auch die Agglomerationsgemeinden einbezogen werden sollten. (S.51) Die heutige Regelung, wonach die Romands der deutschsprachigen Gemeinden in der Agglomeration Biel den städtischen Schulen zugeteilt werden, betrachtete der Regierungsrat damals als "Übergangslösung" (S.52). Dennoch war er zu keiner Lockerung des sprachlichen Territorialprinzips bereit: "Die einzige zulässige Verschlebung von Sprachzonen kann sich bei ganzer oder teilweiser Fusion zweier oder mehrerer Nachbargemeinden ergeben. Abgesehen davon gelten die Sprachgebiete als unveränderlich. Keine Gemeinde kann von einem Sprachgebiet einem andern zugeteilt werden, auch wenn sie es selbst verlangt" (S.46). Diese Aussage wirkt sich aber im Falle der Region Biel eben gerade negativ auf eine angestrebte Lebendigkeit der Mehrsprachigkeit aus. Ebenso das aus diesem "Vortrag..."

entstandene "Gesetz über die Mitwirkungsrechte...", denn dieses wirft die französischsprachige Bevölkerung, die Romands eben gerade auf jenen "ésprit de clocher" zurück, den sie gerne den Deutschschweizern und ihrem Dialekt vorwerfen.

Trotzdem sind in diesem "Vortrag des Regierungsrates" bereits einige Ansätze geleistet worden und die bisweilen stur scheinende Haltung kann wohl auch nicht ganz so ernst gemeint sein, steht doch gleich zu Beginn: "Ein Gesetz kann, wenn dies notwendig ist, ja immer durch ein anderes Gesetz geändert werden."(S.1)

Nicht von ungefähr reiste der Bieler Gesandte Georg Heilmann 1815 an den Wiener Kongress, um sich für einen eigenen Kanton einzusetzen. Heute geht es nicht mehr darum, Steuereinkünfte in der Stadt zu bewahren, sondern eine gelebte Mehrsprachigkeit zu entwickeln und diskriminierende Schranken aufzuheben.

Es kann dabei natürlich nicht darum gehen, sich von der restlichen Welt abzusondern: die Kontakte zu der übrigen Umwelt müssten selbstverständlich weiterhin aufrechterhalten und gefördert werden. **Gerade hinsichtlich der Mehrsprachigkeit hat die Region Biel eine überregionale, gesamtschweizerische, wenn nicht gar europäische Bedeutung:** Während in anderen Gebieten verschiedensprachige Gruppen sich gegenseitig bekämpfen, hat sich Biel aufgrund des Minderheitenschutzes weitgehend über solche Streitigkeiten hinwegsetzen können. Schon daraus ergibt sich die gleichsam moralische Forderung, aus der Vielfalt etwas entstehen zu lassen und sich auf die **Bedeutung der Region als "Brücke" zwischen Deutsch- und Westschweiz**, aber auch zwischen Bern und Jura, zu besinnen und sie aktiv zu leben. Biel kann gerade für die Romands interessant werden, wenn hier in angenehmer Atmosphäre, noch teilweise unter Gleichsprachigen, Schweizerdeutsch gelernt werden kann. Allmählich könnte so der bisweilen etwas angezweifelte Anschluss Biels zur Westschweiz wiederaufgenommen werden.

Die Region Bienne-Biel hat die Chance, zu einem spannungsreichen und spannenden Experimentierfeld für ein fantasievolles und kreatives aktives Zusammenleben verschiedener Teilgesellschaften zu werden !

Gerade wegen ihrer Einzigartigkeit kann sich die vielfältige Situation kaum auf starre Regeln und/oder "Strickmuster" anderer, ähnlicher Gesellschaften berufen. Eine "Verrechtlichung" könnte sogar kontraproduktiv wirken, indem sie zu einer Erstarrung führt. Stattdessen müsste vermehrt versucht werden, "indirekt" auf die Mehrsprachigkeit einzuwirken, indem neue Ansätze des Zusammenlebens erst gesucht und vorerst in kleinerem Rahmen ausprobiert werden. Erst während und nach Experimenten können diese nämlich beurteilt und kritisiert werden. Als erster Schritt müssten allerdings - unter Mithilfe möglichst aller Betroffenen - **Prämissen für eine zukünftige Entwicklung** ausgearbeitet werden. Weiter müssten die Ideen und Informationen unbedingt gesammelt und archiviert werden, so dass allmählich ein Grundlagenwissen erarbeitet werden kann.³

³ Gerade vom wissenschaftlichen Standpunkt her ist es besonders wichtig, auf zuverlässige Quellen zurückgreifen zu können. Die Zweisprachigkeitsforschung befindet sich nach wie vor erst in den Anfangsphasen und bietet enorme Möglichkeiten. So wurde auch vom Nationalfonds dieses Jahr ein Projekt zum Studium der Sprachsituation in Freiburg und im Wallis vergeben. Gerade die Bieler Mehrsprachigkeit müsste unbedingt weiter verfolgt werden, so dass nach und nach weiter in die Tiefe vorgegangen werden könnte. Vom linguistischen Standpunkt her wäre der Kompetenz und der Sprachwahlnorm Beachtung zu schenken, vom pädagogischen her den Möglichkeiten und Auswirkungen von verschiedenen Lernprogrammen, bzw. der über die Schule hinausgehenden Motivationsarbeit. In sozialpsychologischer Hinsicht müsste die in der vorliegenden Studie ausgeklammerte Gruppendynamik untersucht werden, und in soziologischer nicht zuletzt die Sinnhaftigkeit und Grenzen der Kategorisierung nach Amtssprachen, insbesondere bezüglich der kulturellen Vielfalt einer Gesellschaft. Vor allem aber ist ein interdisziplinärer Ansatz zu finden, der diese Bereiche verbindet und möglichst praxisnah weiterverfolgt.

Mit der Bemühung um Aufhebung noch bestehender Benachteiligungen, dem Einbezug von Ausländerinnen und Ausländern in die Thematik und den Experimenten zu einer (Wieder-)Belebung der Mehrsprachigkeit fällt der Stadt Biel dabei gewissermassen die **Rolle der Avantgarde** zu. Es setzt sicherlich eine Portion Mut und viele Anstrengungen voraus, das Erreichte zu verteidigen und Neues zu wagen - Sprünge ins Ungewisse - doch **solte die Chance nicht verpasst werden!**